



Newsletter 1.2012

der Freien ArbeiterInnen Union (FAU) Bielefeld

FÜR EINE BASISDEMOKRATISCHE GEWERKSCHAFT !!!

Themenabende der Lokalföderation:

16.01.: Anarchistische Arbeitskritik (Fourier, Kropotkin, Bonanno)

**30.01.: Genossenschaften - eine vergessene Seite
der Arbeiter/-innenbewegung?**

montags um 19.30 Uhr in der Bürgerwache, R102

1. A-Treffen in OWL

Anarchistisches Forum OWL - nächstes Treffen: Samstag, 14.01., 15.00 Uhr
im Infoladen Anschlag (AJZ), Heeperstr.132, Bielefeld

2. Selbstverwaltete Betriebe als 'konstruktiver Sozialismus'.

Vortrag von und mit F. Mohrhof (Café Libertad, Hamburg) am Freitag,
3. Februar, 19.30 Uhr in der Bürger_innen_wache

3. Bielefelder Biowaren - Genossenschaft (BIWAG)

Initiative zur Gründung

4. Die Idee der Stadtteilkantine

5. Essenstüte statt Hartz IV

**6. Und weil der Mensch ein Mensch ist, braucht er was zu Essen bitte
sehr ...** Proletarisches Gedicht zum Thema Essen von Kurt Tucholsky

7. Sozialticket in Bielefeld

8. Gegen Nazistrukturen in und um Bückeberg

21. Januar 2012 // 14 Uhr // Bahnhofsvorplatz Bückeberg

9. ILO mahnt Bundesregierung: Gewerkschaftsrechte garantieren

10. Protestaktion gegen LIDL-Filiale in Bochum-Laer
am 19.12.2011

11. Kasachstan: Polizei richtet Massaker unter ÖlarbeiterInnen an

12. USA: AktivistInnen blockieren Häfen an der Westküste

13. Lesetipp: Helge Döhring: KEIN BEFEHLEN - KEIN GEHORCHEN!

Die Geschichte der Syndikalistisch-Anarchistischen Jugend Deutschlands seit
1918

14. Direkte Aktion #209 (Januar/Februar 2011)

15. IT'S TIME TO ORGANIZE!

16. Termine im Januar



**Finger weg
vom
Streikrecht!**

Gewerkschaftsfreiheit
statt
Arbeitsfront

www.fau.org/streikrecht

FAU IAA



1. A-Treffen in OWL

Einige Gedanken vom letzten Treffen

Wir greifen die Idee von vorletzten Mal auf und besprechen eine Veranstaltungsreihe zum Thema Anarchismus, die "über die Dörfer" ziehen kann. Es wird die Idee geäußert in dieser Reihe das Thema der „Direkten Demokratie“ aufzugreifen, da das im Moment aktuell ist und Basisdemokratie die vernünftig zu Ende gedachte Form sozialer Organisation ist, die sich schnell erschließe. Wahrscheinlich solle es ja ein einführender Vortrag werden, der allgemein "Anarchismus" näher bringt.

Es werden weitere Ideen genannt, die wir Gruppen in OWL zusammen verwirklichen könnten:

- Ein Mural/Wandbild in der Stadt mit explizit anarchistischem Inhalt
- Ein Block beim 1. Mai 2012 in Bielefeld. Dieses findet Anklang.

Danach könne mensch ja auch noch weiter ins AJZ und ein kleines A-Fest veranstalten und einen Vortrag, o.ä. organisieren. 2007 hat das schon gut geklappt.

Nächstes Treffen des Anarchistischen Forums in OWL am Samstag, 14.01.2012, 15.00 Uhr im Infoladen Anschlag (AJZ), Heeperstr.132, Bielefeld

2. Selbstverwaltete Betriebe als ‚konstruktiver Sozialismus‘

Kollektiv-Genossenschaften als Modell für einen konstruktiven Sozialismus?

Genossenschaften sind historisch gesehen Notwehr- und Selbsthilfe-Organisationen gegen die kapitalistische Ausbeutung der Arbeiterklasse.[1] Sie waren und sind gleichzeitig eine Perspektive für eine bessere, eine sozialistische Gesellschaft. Da die traditionellen Partei-,Schulen des Sozialismus‘ als Kampforganisationen gegen den Kapitalismus längst auf dem Misthaufen der sozialistischen Geschichte gelandet sind, geht es hier um die Frage, ob Kollektiv-Genossenschaften diese Aufgabe heute übernehmen können.

Als Anarchosyndikalist bin ich davon überzeugt, daß eine grundlegende soziale Veränderung nur durch die vollständige Überwindung der kapitalistischen wirtschaftlichen Verhältnisse erfolgen kann. Für den rein politischen Kampf haben wir keine Zeit, er kostet zu viel Energien, da er die Akteure der Arbeiterklasse vornehmlich auf den parlamentarischen Kampf festlegt und außerparlamentarische direkte Aktionen allein als Hilfsmittel für eine demokratisch-legitimierte Gesellschaftsveränderung ansieht. Da wir eine Überwindung des Kapitalismus wollen, muß dieser an seiner Wurzel zerstört werden und kann nicht durch eine andere Politik im Kapitalismus niedergedrungen werden.

Hier ein schönes Karl Marx-Zitat, das auf dieses Thema aufmerksam macht:

„Wir anerkennen die Kooperativbewegung als eine der Triebkräfte zur Umwandlung der gegenwärtigen Gesellschaft, die auf Klassengegensätzen beruht. Ihr großes Verdienst besteht darin, praktisch zu zeigen, daß das bestehende despotische und Armut hervorbringende System der Unterjochung der Arbeit unter das Kapital verdrängt werden kann durch das republikanische und segensreiche System der Assoziation von freien und gleichen Produzenten.“ [2]

Für Marx war die Produktiv-Genossenschaftsbewegung also eine ‚Schule des Sozialismus‘, gleichberechtigt neben den Gewerkschaften, die er als „unumgänglich für den täglichen Guerillakrieg zwischen Kapital und Arbeit“ [3] ansah.

Doch in der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter~innenbewegung war es üblich, nach kollektiven Beschlüssen über die Ausgabe von Anteilscheinen z.B. die Gründung einer Tageszeitung, einer Wohnungsbau-, Konsum- oder auch einer genossenschaftlichen Brauerei zu zeichnen. So wurde das Kapital dieser Gründung für die Arbeiterbewegung aufgebracht. Sie planten dabei keine Arbeiterselbstverwaltung, vielmehr übergaben die Arbeiter~innen das gesammelte Geld ihren Partei- oder Gewerkschaftsfunktionären, die damit ihre eigene Stellung in der Hierarchie der Bewegung festigten und ausbauten. Insgesamt funktionierte das in allen Bewegungen der alten Sozialdemokratie: Partei – Genossenschaften – Gewerkschaften – Arbeitersportbewegung.

[1] [Robert Owen](#) gilt als Begründer der modernen Genossenschaftsbewegung. 1799 begann er in seiner Baumwollspinnerei in Schottland ein Experiment für menschenwürdigere Arbeits- und Lebensbedingungen. Dadurch entstand die erste eigenständige Arbeiter-Genossenschaft 1844, die von 28 Arbeitern der dortigen Baumwollspinnereien gegründet wurde. Die Rochdale Equitable



Pioneers Society war eine Einkaufsgenossenschaft und sollte niedrigere Lebensmittelpreise ermöglichen.

[2] Karl Marx, „Forderungen der IAA“, MEW 16, 195

aus: barrikade #6; weiterlesen: www.anarchosyndikalismus.de.vu/

Themenabend der FAU Lokalföderation Bielefeld am 31. Januar, 19.30 Uhr in der Bürgerwache, R102 und

Vortrag von und mit F. Mohrhof (Café Libertad, Hamburg) am Freitag, 3. Februar, 19.30 Uhr in der Bürger_innen_wache, R 07, Siegfriedplatz, Bielefeld

3. Bielefelder Biowaren - Genossenschaft (BIWAG)

Initiative zur Gründung

- regional erzeugte Biolebensmittel zu fairen Preisen für alle!
- den Alltag bewusst und gemeinsam gestalten!
- Formen solidarischen Zusammenlebens und -arbeitens entwickeln!

BIOWAREN

Biowaren werden regional und klimagünstig in großem Stil eingekauft, um sowohl den Bio-Bauern/-Bäuerinnen als auch den Konsument_innen gute und faire Preise zu verschaffen. Denn welche Konsumenten_innen können es sich schon leisten, ihren gesamten Bedarf aus dem Bioladen zu decken? Aber Bio ist nicht gleich Bio. Wir werden nicht NUR auf die übliche Label vertrauen (Bioland, Demeter etc.), sondern auch eigene Recherchen vor Ort machen, um zu schauen, das wir auch von nicht-zertifizierten Produzent_innen beziehen können (z.B. Äpfel). Direkte Kontakte zwischen Verbraucher/-innen und Produzent_innen, ein lokales Netzwerk auf der Ebene „Klein-Klein“ bringt Vorteile für beide Seiten:

- + den Respekt vor Lebensmittel und der Arbeit, die in ihrer Produktion steckt
- + niedrigere Preise für Verbraucher/-innen im Bio-Laden der Genossenschaft
- + sichere und höhere Preise für die Bio-Bauern und -Bäuerinnen, garantierte Abnahmemengen
- + Umwelt: kurze Transportwege, weniger Überproduktion, Förderung des Bio-Landbaus
- + wachsende Unabhängigkeit von Entwicklungen, auf die wir keinen Einfluss haben (z.B. Weltmarktpreise, Zockereien an internationalen Börsen)

Genossenschaft

Wir stellen uns mit der Gründung einer Genossenschaft vor, ein Unternehmen zu gründen, das nicht profit-orientiert arbeitet, sondern im Interesse seiner Mitglieder. Wir bestimmen in basisdemokratischen Entscheidungsprozessen und -strukturen selbst über unsere Angelegenheiten, wir entscheiden selber

- + welches Sortiment sich im Bioladen befindet
- + wie viel Geld wir dafür bezahlen
- + wen wir für Lager und Verwaltung einstellen, das bedeutet, wir werden selbstbestimmte Arbeitsplätze mit einheitlichen Löhnen schaffen

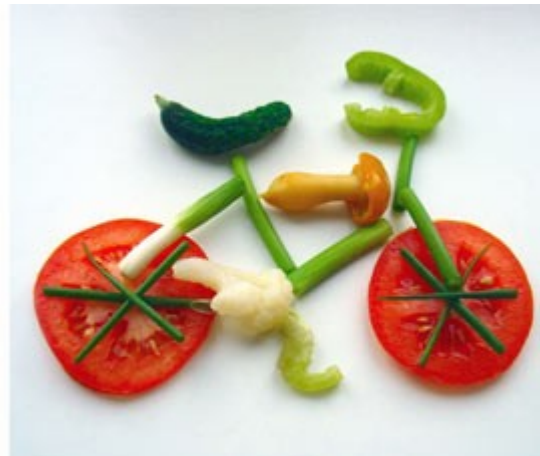
Die BIWAG will mit sich und auch anderen solidarisch umgehen. Auch diejenigen, die nicht soviel Geld haben, um normalerweise in der Genossenschaft einzukaufen, sollen die Möglichkeit dazu bekommen!

VISIONEN

Eines Tages kaufen wir alle unsere Lebensmittel und vieles mehr (Kleidung, CDs etc.) in der Genossenschaft oder ihren Kooperationspartnern.

Wir treffen uns in der Kantine, im Café, die Essen, Brot, Kaffee und Kuchen zu kleinem Geld anbietet, um zu lesen, Musik zu machen oder ...

Weggeworfen wird möglichst nichts: Aus Obstresten können Säfte, aus Gemüseresten Suppen,



Aufläufe usw. hergestellt und günstig verkauft werden.

Es entsteht ein Ort der Begegnung, um Gleichgesinnte zu treffen, neue Menschen kennenzulernen, zu klönen, zu quatschen oder einfach, um die Atmosphäre zu genießen: schweigend, mit einem Buch oder einer Zeitung in der Hand oder ohne, um mit sich selber zu sein.

Die Natur produziert keinen Müll, nur Humus, auf dem das nächste wächst!

Ernährung und Gesundheit sind ein zu wichtiges Gut, um sie Konzernen und Bürokraten zu überlassen! Dies wollen wir gemeinsam ändern und wieder in die eigenen Hände nehmen.

Treffen: montags, 18.00 Uhr in der Bürgerwache, R 104 (1.OG, rechts)

Kontakt über: <https://www.biwag.org>

4. Die Idee der Stadtteilkantine

Selbst gestellte, aktuelle Aufgabe für das Sozialforum Bielefeld ist es die Stadtkantine „politikfähig“ zu machen, d.h. sozialforumsmäßig zivilgesellschaftlich politikfähig.

Zusammenfassung der bisherigen Diskussion/ Aktionen:

Empörung über die Vertafelung der Republik im Gefolge von Hartz IV, Berichte über die unwürdige Behandlung der Unterstützung Suchenden bei der [Bielefelder Tafel](#), ARGE-BeraterInnen empfehlen z.B. bei Kürzungen von der Grundsicherung, sich an die Tafel für Lebensmittelspenden zu wenden, beengte Verhältnisse beim Bielefelder Tisch.

Gespräch mit Vertretern des Sozialdezernats (Kähler et al) über die Missstände bei der Bielefelder Tafel (Frau Kierse); Versuch, das Sozialdezernat/ die ARGE zu einer anderen Umgangsweise zu bewegen (Juni oder Juli 2009) – ohne Ergebnis

Gespräch beim Ombudsrat mit derselben Stoßrichtung – ohne Ergebnis

Versuch vonseiten des SFBi durch eigenen Vorstoß (Besuche bei der Tafel; bei alternativen BetreiberInnen, durch Briefe u.a. an den Dachverband usw.) die Missstände zu beheben – ohne Ergebnis

Brief an Baudezernent Moss, dass bei der Umgestaltung des Kesselbrink die Einrichtung einer Stadtkantine sinnvoll wäre – Ergebnis immerhin Gespräch mit einem Vertreter des Baudezernats im neu eingerichteten Quartiersbüro Ostmanturmviertel (im Zuge des Umbaus Nördliche Innenstadt): bislang ohne weitere Folgen. Der Name „Stadtteilkantine“ wird bei der Planung des Umbaus des UWZ zwar benutzt, aber von der Idee ist nichts übrig geblieben

Wir treten auf der homepage des Ostmanturmviertels auf, u.a. mit dem Hinweis auf die Idee „Stadtteilkantine“

Vorläufiges Fazit im Sommer 2010: neue Blickrichtung

Schaffen einer Stadtkantine, aber die öffentliche Hand soll nicht mehr um Unterstützung angegangen werden (wg. der Frustration und Lähmung, die für uns damit einhergeht) Aufpassen, damit wir nicht in eine sozialtechnische StellvertreterInnenpolitik verfallen Wir sind alle zusammen Betroffene, denn wir wollen in einer friedlichen, gemeinschaftlich funktionierenden Stadtgesellschaft leben. Dadurch rücken Werte, wie: nicht einsam essen, als Teil der würdevollen Mahlzeit in den Vordergrund, sowie Gastfreundschaft und Geselligkeit.

Motto „Gemeinsam essen macht stark“

Wie kann es praktisch gehen? Aktionen bislang

Wir besuchen reihum Einrichtungen, wie z.B. Alt und Jung, um zu erfahren, wie gemeinsames essen in Bielefeld funktioniert, um Anregungen zu sammeln.

Wir kochen selber gemeinsam bei Jung und Alt in der Apfelstraße

Michael Geymeyer sucht in der zweiten Hälfte 2010 ein Lokal für eine Stadtteilkantine; das gestaltet sich schwierig. Jetzt (April/Mai 2011) richtet er so etwas in den bisherigen Räumen der Heilsarmee ein.

Wichtige Punkte/ offene Fragen für die praktische Umsetzung:

Wie steht es mit der Bezahlung für das Essen?

Michaels Plan überzeugt uns: niemand soll genötigt werden, den Bielefeldpass vorzulegen.

Vielmehr wird bei der Heilsarmee nun entsprechend der (persönlich bekannten) Notwendigkeit für Unterstützung eine Art Pass ausgehändigt, den die Essen-Suchenden dann vorzeigen.

Geht es wirklich ohne die lokale öffentliche Hand? (Nicht zuletzt die flexible Handhabung eines Passes wie bei Michael G. wäre vermutlich öffentlich schwierig)

Alle Essenden sollten aktiv an der Arbeit etc. beteiligt werden – Hinweis vom Stifter der ‚Anstiftung&Ertomis‘; allerdings schafft die Stiftung vorher die Grundstruktur (siehe Haus der Eigenarbeit in München; siehe Kempodium)
Zusammenarbeit mit befreundeten, ähnlich denkenden Initiativen, wie transition town Bielefeld, Tauschring Bielefeld. Wie könnte dies aussehen?

Außerdem werden verschiedene Möglichkeiten eruiert, wo ein größeres Treffen stattfinden kann und wo evtl. sogar später die Stadtkantine eröffnet werden kann.

Folgende Ideen gibt es dazu:

- Umweltzentrum
- Alt und Jung in der Apfelstraße (hat selber Interesse an einer Zusammenarbeit)
- Gemeinderäume der ev. Kirchen
- IBZ
- Bürgerwache
- Sportvereinshäuser und Vereinsrestaurants, die nur abends bewirtschaftet werden (z.B. im Meinolfzentrum das Unschlagbar)
- Die Freie Scholle hat Gemeinschaftsräume in verschiedenen Wohnanlagen.

Eine weitere Idee ist, in Kooperation mit ProWerk(Bethel) integrative Arbeitsplätze zu schaffen.

(Veronika Bennholdt-Thomsen im Juli 2011)

Wie ging es weiter?

Im Dezember 2011: Die Stadtteilkantine ist praktisch auf den Weg gebracht, das letzte Essen gab es am 10.12. Jede bzw. jeder bezahle, was sie/er kann, zwischen 0,- und 8,-€ für das Essen, das ehrenamtlich aus biologisch-dynamischen Zutaten hergestellt wurde.

Es waren etwa 20 Menschen dort, die nicht aus dem Umfeld des Sozialforums kamen. Es gab schöne Musik von der Gruppe Lebenslaute.

Das nächste Essen ist am 14.01.2012 bei der AWO, Heisenbergweg 2 (Mehrgenerationenhaus)

5. Essenstüte statt Hartz IV

Pressemitteilung des Sozialforum BI zur Strafanzeige gegen die Arge

Im Juni 2011 hat das Jobcenter Bielefeld Schlagzeilen geschrieben. Statt einen Vorschuss auszuzahlen, hatte die Behörde eine Essenstüte an einen Erwerbslosen ausgegeben. Diese Praxis könnte den Tatbestand der schweren Untreue erfüllen. Deshalb hat das Sozialforum Bielefeld den Fall bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Das nicht etwa, weil wir dem Hartz-IV-Antragsteller die Lebensmitteltüte missgönnen. Wir wollen vielmehr darauf aufmerksam machen, dass das Jobcenter Bielefeld seinem Auftrag nicht gerecht wird und rechtlich und menschlich fragwürdig handelt. Und wir wollen mit der Anzeige klären, ob das Jobcenter gegen Recht und Gesetz verstößt.

Der Hintergrund:

Ein am 23.6.2011 in der Neuen Westfälischen Bielefeld erscheinener Artikel mit dem Titel Essensration aus der Tüte beschreibt den Umgang des Jobcenters Arbeitplus in Bielefeld mit einem Hartz-IV-Antragsteller:

Dieser hat sich, nachdem über seinen Hartz-IV-Antrag nach drei Wochen noch nicht entschieden worden war, offenbar erneut an die Behörde gewandt, weil er kein Geld mehr zum Leben hatte.

Anstatt über seinen Antrag zu entscheiden oder ihm einen Vorschuss zu bewilligen, hat die Behörde ihm nur eine Lebensmitteltüte fragwürdigen Inhalts angeboten.

Diese Tüten „seien ein allerletztes Mittel für Personen, die laut Sozialgesetzbuch voraussichtlich keinen Anspruch auf staatliche Unterstützung haben (...)“, wird der Pressesprecher des Jobcenters zitiert. „Dennoch möchte man niemanden einfach nach Hause schicken, wenn zu erkennen ist, dass dieser Besucher nicht weiß, woher er heute noch etwas zu essen bekommen soll.“ „Niemand hat Anspruch auf diese Tüte. Es ist ein Geschenk“, heißt es weiter in dem Artikel.

Unsere Einordnung:

Die Bundesrepublik Deutschland ist laut Grundgesetz ein sozialer Rechtsstaat. Daher hat jeder Bürger im Falle der Not einen Rechtsanspruch auf existenzsichernde (Geld)Leistungen.

Die Jobcenter (für Erwerbsfähige) und die Sozialämter (für Nicht-Erwerbsfähige) haben als zuständige Behörden den Auftrag, diesen Rechtsanspruch umzusetzen und den Antragstellern die ihnen zustehenden Leistungen für ihren Lebensunterhalt in menschenwürdiger Weise auszuzahlen. Und falls eine Behörde nicht zuständig sein sollte, muss sie den Antrag an die zuständige Behörde weiterleiten.

Da es sich um Leistungen handelt, die die Existenz (also das Überleben) der Leistungsberechtigten sichern sollen, müssen die Behörden die Anträge zügig bearbeiten und baldmöglichst Leistungen zahlen. Wenn es mal nicht so schnell geht, weil beispielsweise Unterlagen nicht so schnell besorgt werden können, haben die Behörden das Recht und die Möglichkeit, Vorschüsse auszuzahlen. Wenn eine Behörde zu dem Ergebnis kommt, dass ein Antragsteller kein Recht auf die beantragte Leistung hat, muss sie den Antrag ablehnen und damit dem Betroffenen die Möglichkeit geben, den ablehnenden Bescheid vom Sozialgericht überprüfen zu lassen.

Die Behörden sind laut Grundgesetz an Recht und Gesetz gebunden. Ihnen ist es im Gegensatz zu karitativen Einrichtungen nicht erlaubt, Almosen und Geschenke zu verteilen. Um Willkür zu vermeiden, darf eine Behörde nur solche Leistungen erbringen, die aufgrund eines Gesetzes vorgesehen sind – Geschenke gehören nicht dazu, auch nicht geschenkte Lebensmitteltüten.

Das Bundesverfassungsgericht drückt dies in seinem Hartz-IV-Urteil vom 9.2.2010 so aus:

„Die Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums muss durch einen gesetzlichen Anspruch gesichert sein. Dies verlangt bereits unmittelbar der Schutzgehalt des Art. 1 Abs. 1 GG. Ein Hilfebedürftiger darf nicht auf freiwillige Leistungen des Staates oder Dritter verwiesen werden, deren Erbringung nicht durch ein subjektives Recht des Hilfebedürftigen gewährleistet ist.“

Wenn das Jobcenter Bielefeld diese rechtlichen Vorgaben nicht einhält, handelt es nicht nur rechtlich und menschlich falsch, sondern erfüllt damit gegebenenfalls auch einen Straftatbestand.

Kontakt:

Elisabeth Reinhardt (cellrein(ät)web.de) und Jörg-Heinrich Wild (d-h-wild(ät)web.de)

aus: <http://sozialforumbielefeld.blogspot.de/2011/12/20/pm-des-sozialforum-bi-wegen-straftanzeige-gegen-die-arge/>

6. Und weil der Mensch ein Mensch ist, braucht er was zu Essen bitte sehr ...

Proletarisches Gedicht zum Thema Essen von Kurt Tucholsky

Kurt Tucholsky schildert um 1919 den Wahnsinn der Hungersnot in Deutschland: Die vorhandenen Lebensmittel werden nicht verteilt, lieber wird so lange gewartet, bis sie sich wieder in einem funktionierenden Kapitalismus verkaufen lassen – auch wenn bis dahin Tausende verhungern müssen.

Lebensmittel! Lebensmittel!

Wenn nun die Ladung Korn und Fett
den Anfang macht zu besserem Leben,
wenn Deutschland erst zu essen hätt –:
mein Gott, was wird das alles geben!

Zum Beispiel, der, der Schinken schiebt,
wird tiefbekümmert ausverkauften –
man wird, weil es Vergeltung gibt,
sich nicht um seine Schinken raufen.

Und Tante Malchens Eierschrank?
Und Onkel Maxens Butterkammer?
Wie ziehn sie die Gesichter lang!
In allen Häusern – welch ein Jammer!

Im Kurse fällt die Schlächterfrau,
das Butterfräulein gilt nur wenig,
der Kaufmann spricht nicht mehr so rauh –
Halli! hallo! voll Freuden dehn ich



befreit die Knochen. Dämmert es?
Dies Dasein war seit langen Jahren
in Wahrheit ein belämmertes -
Ach, wie wir einst so glücklich waren!

Kommt wirklich Brot und Speck herein?
Ich tanze einen frohen Ländler.
Die große Zeit wird wieder klein,
die große Zeit der Grünkramhändler.

Quelle: www.direkteaktion.org/208/und-weil-der-mensch-ein-mensch-ist-braucht-er-was-zu-essen-bitte-sehr..

7. Sozialticket in Bielefeld?

Das Sozialticket gilt für InhaberInnen des Bielefeld-Passes. Er wird an Arbeitslosengeld II-Bezieher, aber auch Geringverdienende ausgestellt (Verdienst kann bis ca. 410 € im Monat plus Miete und Nebenkosten betragen, genaueres hier).

Der Bielefeld-Pass wird ausgestellt bei

- der Stiftung Solidarität, Prinzenstraße 1 (Info)
- dem Job-Center, Friedenstraße
- dem Sozialamt der Stadt, Neues Rathaus

Das Sozialticket wird verkauft bei der "Ankleide" der Stiftung Solidarität, Werner- Bock-Straße 17 (gegenüber dem Arbeitsamt), Einzelheiten in diesem Faltblatt Sozialticket Bielefeld (GAB)

Das Sozialticket ist nicht personengebunden, sondern übertragbar an andere Personen mit Bielefeld-Pass.

Ab 19 Uhr und am Wochenende können bis zu 5 Personen mitgenommen werden.

Für Fahrten zu Zielen in Ostwestfalen (Tarifraum) brauchen Sie wie alle Zeitkarteninhaber nur ein Ticket zum ermäßigten Preis zu lösen.

Günstige Tarife von Bielefeld in die Nachbargemeinden haben wir in der Übersicht zusammengestellt. Ein Beispiel: Die Fahrt von Bielefeld nach Halle kostet für Sozialticket-Besitzer statt 4,20 € (Einzelticket Erwachsene, Preisstufe 3) nur 2,00 € (ermäßigtes Ticket, Preisstufe 2).

Auch anderswo in Ostwestfalen gibt es bereits Sozialtickets:

- in Detmold ("Mobi-Ticket", 19 €)
- in Bünde (15, 50 €) und
- in Löhne

Quelle: VCD (www.vcd.org/vorort/index.php?id=4683)

Beim Sozialforumtreffen am 22.11 hat Beate Niemeyer (Partei „Die Linken) über die Entscheidung zum Sozialticket berichtet. Das Ergebnis sei nicht das, was sich die Linken gewünscht haben, aber es gibt immerhin Preisnachlässe zwischen 25 und 35%. Die Vorbestellungen müssen bis jeweils zum 14. eines Monats bei der Arge bzw Sozialamt erfolgen. Abholung ist dann vom 25. bis zum 04. des Gültigkeitsmonats bei der Stiftung Solidarität in der Werner-Bock-Str. möglich. Dieses Verfahren wirkt sehr umständlich und erfordert u.U. jeden Monat einen weiten Weg und vorausschauende Planung. (aus: <http://sozialforumbielefeld.blogspot.de/2011/12/07/sozialticket-in-bielefeld/>)

Das Ticket muss gibt es nur gegen Vorlage eines Bielefeld-Passes. Der Ticket muss vorher beim Sozialamt oder dem Job-Center bis zum 14. des Vormonats bestellt werden... Das Ticket für Bielefeld kostet 36,40 Euro. (attac-bielefeld)

Nur weil etwas so genannt wird, muss ja nicht drin sein, was drauf steht. Das Sozialticket für Bielefeld, eine Etikettenschwindel?

Ein Jobticket kostet 44,65, ein normales Monatsticket („6er ABO für BI) kostet 48,50€. Ein Preisnachlass ist zwar besser als nichts, vom wirklichen Sozialticket auf der Basis eines Nulltarifs sind wir aber noch weit entfernt! Unser Fazit: Etikettenschwindel zu Weihnachten!

8. Gegen Nazistrukturen in und um Bückeburg

21. Januar 2012 // 14 Uhr // Bahnhofsvorplatz Bückeburg

Betrachtet man rückblickend das Jahr 2011 erscheint das Thema rechte Gewalt allgegenwärtig gewesen zu sein: Rassistische Morde in Norwegen, das Bekanntwerden der rechten Terrorzelle „NSU“, Ausschreitungen und Straftaten am Rande von unzähligen Naziaufmärschen in der gesamten Bundesrepublik. Auch in Bückeburg begann das vorherige Jahr unter bösen Vorzeichen. Haargenau ab dem Zeitpunkt der Jahreswende stieg das Ausmaß neonazistischer Aktivitäten in der Stadt mit einer bisher nicht gekannten Geschwindigkeit an.

Die Gewalttaten der expandierenden rechten Szene rund um die „Autonomen Nationalisten Bückeburg“ zogen sich daraufhin wie ein roter Faden durch das gesamte zurückliegende Jahr. Von Drohungen, über Angriffe auf offener Straße bis zu Anschlägen auf Wohnhäuser – die Bückeburger Neonazis ließen in ihrem so genannten „Kampf um die Straßen“ keine Chance ungenutzt.

Die sich hieraus ergebende, bedrohliche Situation wurde lange als bloße Gewalt unter rivalisierenden Jugendlichen verharmlost. Nicht zuletzt Dank der kontinuierlichen Thematisierung dieser Situation durch aktive Antifaschist_innen hat sich dies heute geändert und der rechten Szene wird als ernstzunehmendes gesellschaftliches Problem entgegengetreten.

In der letzten Jahreshälfte bewiesen Vorträge über rechten Lifestyle und Musik, Präventionsveranstaltungen für Jugendliche und kulturelle Veranstaltungen wie „music for tolerance“, dass sich die Bückeburger_innen aktiv gegen Neonazismus zur Wehr setzen.

Doch verschwunden sind die Neonazis noch längst nicht. Ihre Propaganda bestimmt nach wie vor das Stadtbild und auch unter Jugendlichen erhalten sie noch immer regen Zulauf. Bedrohungen gegen alternative Jugendliche sind Teil ihrer Tagesordnung und auch an den Schulen haben sie nicht aufgehört aktiv zu sein. Nicht zuletzt ihre Versuche als Klassen- und Schüler_innen_sprecher_innen Einfluss zu nehmen ist besorgniserregend.

Dass erfolgreiche antifaschistische Arbeit ein Prozess ist, der Zeit braucht, war uns bereits zu Beginn des so unselig gestarteten letzten Jahres klar, als wir das Bündnis „Copy & Paste“ ins Leben riefen – einmal gewachsene rechte Strukturen verschwinden nicht von heute auf morgen. Dass es in den vergangenen Wochen jedoch ruhiger um die Bückeburger Neonazis geworden ist, werten allerdings als ersten Erfolg unserer Bemühungen und dem deutlichen Zeichen, das Bückeburg gegen Rechts gesetzt hat.

Mit einem deutlichen Zeichen wird Bückeburg daher auch in das neue Jahr starten. Gemeinsam werden wir den Nazis auch im neuen Jahr kein Gefühl von falscher Ruhe gönnen, sondern weiterhin kontinuierlich und öffentlich gegen rechte Strukturen in und um Bückeburg vorgehen!

Als Auftakt zu einem erfolgreichen neuen Jahr laden wir daher alle ein, sich an unserer Neujahrsdemonstration unter dem Motto „Same Shit, Different Year – Kein Rückzugsraum für Nazis!“ zu beteiligen.

Kampagne Copy & Paste - Gegen Nazistrukturen in und um Bückeburg

[<http://copyandpaste.blogspot.de/>]

9. ILO mahnt Bundesregierung: Gewerkschaftsrechte garantieren

Nach einer Beschwerde der FAU Berlin bestärkt die UN-Arbeitsorganisation ILO die Rechte von Minderheitsgewerkschaften

In ihrem Bericht vom November 2011 fordert die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU) die Interessen ihrer Mitglieder gemäß der Konventionen 87 und 98 vertreten könne. Das Komitee für Vereinigungsfreiheit der UNO-Organisation benennt für die FAU Berlin insbesondere das Recht der freien Meinungsäußerung, das Zutrittsrecht zu sämtlichen Betrieben, in denen sie Mitglieder hat, und das Recht auf Teilnahme an Betriebsratssitzungen, sofern sie auf betrieblicher Ebene repräsentativ ist.

Zur Wahrung der Interessen von sog. Minderheitsgewerkschaften wurde die Bundesregierung darüberhinaus aufgefordert, die ILO umgehend zu informieren, sollte die Gesetzesinitiative zur Tarifeinheit wieder aufgegriffen werden – die Regierung hatte der UN-Organisation mitgeteilt und damit erstmals schriftlich bestätigt, dass das umstrittene Vorhaben eingestellt ist.

Die ILO reagierte damit auf eine Beschwerde der FAU vom April 2010 (Fall Nr. 2805; FAU gegen Bundesregierung auf Einhaltung der ILO-Konventionen 87 und 98). Die Beschwerde war eine Reaktion auf zwei Urteile des Landesarbeitsgerichts und des Landgerichtes Berlin, in denen der

Lokalorganisation der FAU im Zuge eines Arbeitskonflikts per einstweiliger Verfügung nicht nur sämtliche Arbeitsk Kampfmaßnahmen untersagt wurden, sondern gleichsam untersagt wurde, sich als Gewerkschaft bzw. Basisgewerkschaft zu bezeichnen. Infolge der Urteile wurde die FAU Berlin nicht nur als mögliche Tarifpartei aus dem Betrieb gedrängt, sondern ihr wurde auch die Teilnahme an Betriebsratssitzungen und Betriebsversammlungen verwehrt. Seither sieht sich die FAU Berlin mit mehreren Hausverboten gegen Gewerkschaftsvertreter konfrontiert – sowohl im damaligen als auch in aktuellen Arbeitskonflikten. In zwei Fällen hatte dies sogar zu Anzeigen wegen angeblichen Hausfriedensbruchs geführt.

„Wir begrüßen ausdrücklich diese Entscheidung eines internationalen Gremiums wie der ILO. Sie stärkt nicht nur unsere Position in aktuellen Konflikten, sondern ebenso die Position aller, die sich für die Etablierung kämpferischer Basisgewerkschaften in diesem Land einsetzen“, so Andreas Förster, Sekretär der FAU Berlin.

10. Protestaktion gegen LIDL-Filiale in Bochum-Laer am 19.12.2011

„Lidl-Azubis als billige Arbeitskräfte“

Am Abend des 19. Dezember 2011 hat das Allgemeine Syndikat der FAU Dortmund mit Unterstützung von solidarischen Aktivisten und FAUistas aus Bochum und NRW eine Protestaktion vor der Lidl Filiale in Bochum Laer durchgeführt. Anlass war die fristlose Kündigung eines dort beschäftigten Auszubildenden, der in der FAU Dortmund organisiert ist.

Dabei wurden eine große Anzahl Flugblätter mit dem Titel „Lidl-Azubis als billige Arbeitskräfte“ an interessierte Kundinnen und Kunden verteilt und den Einwohner_innen der umliegenden Wohnblocks zur Kenntnis gebracht. Dort hieß es u.a.: „Wir fordern ein Ende der Arbeitshetze, kürzere Arbeitszeiten und bessere Bedingungen für alle Auszubildenden bei LIDL und im gesamten Einzelhandel.“

Vom enormen Arbeitsdruck der Lidl-Bediensteten, bekamen die angereisten Genoss_innen der Protestaktion einen Eindruck, als erst nach etwa einer halben Stunde ein einzelner Lidl-Bediensteter hektisch vor dem Eingang auftauchte, vor dem die Genoss_innen mit Transparent und Fahnen in Aufstellung gegangen waren und Gespräche mit den Kund_innen führten. Er verwies die Genoss_innen eiligst des Lidl-Geländes, indem er mit dem unverzüglichen Einschalten der Polizei drohte. Auf eine Stellungnahme zu den Vorgängen in der Filiale angesprochen, meinte er nur, er werde sicherlich keine Stellungnahme abgeben, außerdem er habe ja noch nicht einmal das Flugblatt komplett gelesen. Da dieses sehr knapp und klar formuliert war, dürfen wir das wohl als weiteren Hinweis auf die entspannten Arbeitsbedingungen bei Lidl werten;-) Auch erhielt er den Hinweis, dass er als Beschäftigter doch selbst einmal in eine Lage geraten könnte, in der er solidarische Unterstützung gebrauchen kann. Dies eröffnete ihm offenbar eine völlig neue Perspektive, wie man seiner Irritation anmerken konnte. Ebenso schnell wie der Lidl-Angestellte aufgetaucht war, war er auch wieder verschwunden und bei der Arbeit.

Die Genoss_innen bezogen an der Einfahrt und damit im öffentlichem Raum wieder Aufstellung, da der bisherige Zuspruch der potentiellen Kund_innen unerwartet positiv ausfiel und sie die Drohung mit der Polizei nicht als Grund für einen vorzeitigen Abbruch des Protestes akzeptierten. Auch vor der Einfahrt konnte eine Anzahl von Gesprächen mit potentiellen Kunden geführt werden. Zum Abschluss der Aktion wurden schließlich Flugblätter an weitere Beschäftigte der Filiale übergeben.

„Wir bieten Ihnen abwechslungsreiche und interessante Tätigkeiten im Unternehmen.“ [1]

Der in der FAU Dortmund aktive junge Gewerkschafter wurde von der - für ihre Praktiken gegenüber Beschäftigten berüchtigten [2] - Einzelhandelskette Lidl zunächst für die Dauer von zwei Monaten als ungelernete Hilfskraft eingestellt, mit "Aussicht auf einen Ausbildungsvertrag mit dem Abschluss Einzelhandelskaufmann (IHK)". Bereits während dieser zwei Monate lernte der Genosse schnell, was Effektivität und Effizienz bei Lidl bedeuten und wie dieses durchgesetzt wird. So hatte der Genosse oft Überstunden abzuleisten und wurde täglich mehrfach von den Vorgesetzten angehalten, dies das und jenes doch schneller zu machen, sonst würde das "wohl nichts werden mit dem Ausbildungsvertrag".

Da unser Genosse alle Entbehrungen zunächst auf sich nahm und kein Wort der Kritik wagte, da diese im Unternehmen, entgegen den Beteuerungen der Vorgesetzten, für Kritik ein offenes Ohr zu haben, alles andere als gewünscht ist, wurde er zunächst mit dem zuvor in Aussicht gestellten Ausbildungsvertrag "belohnt" - jedoch nicht für das Ausbildungsberufsbild "Einzelhandelskaufmann (IHK)", das von vornherein eine dreijährige Ausbildung beinhaltet, sondern für das Ausbildungsberufsbild "Verkäufer (IHK)", welches nur eine zweijährige

Ausbildung beinhaltet. Mit in Aussicht gestellt wurde eine Verlängerung um ein Jahr bei guter Leistung, um doch noch den Abschluss als "Einzelhandelskaufmann (IHK)" machen zu dürfen. Dieser Trick gehört zum Standardrepertoire von Arbeitgebern. Hiermit wird letztlich eine Art zweijährige Probezeit eingeführt, da der Auszubildende bis zum Ende fürchten muss, das dritte Ausbildungsjahr doch nicht absolvieren zu dürfen.

So ist auch die Einstellung des Genossen als ungelernete Aushilfe nicht als nette Geste des Arbeitgebers zu verstehen, sondern als versuchte Verlängerung der Probezeit. Der Genosse hat den Ausbildungsvertrag auch erst wenige Tage vor Ende der auf zwei Monate befristeten Beschäftigung als ungelernete Hilfskraft zugestanden bekommen. Jedoch änderten sich die Tätigkeitsfelder im Betrieb nicht im mindesten und eine Ausbildung im Wortsinn fand nicht statt. Weiterhin hieß es hauptsächlich: wischen, kassieren, einräumen.



Ständige, verdeckte Überprüfungen der "Arbeitsqualität" der einzelnen Mitarbeiter wie z.B. durch nicht angekündigte Testkäufe waren die Regel und führten letztlich zu dem gewünschten Resultat der außerordentlichen Kündigung. Zwar können Arbeitsverhältnisse und auch Ausbildungsverhältnisse mündlich geschlossen, aber nur schriftlich gelöst werden. So wurde dem Genossen, wenige Tage vor Ende der Probezeit mündlich die Kündigung mitgeteilt, er wurde vom Filialleiter und dem Gebietsverkaufsleiter zu seinem Spind geführt, dieser wurde geleert und er wurde hinaus geleitet. Die schriftliche Kündigung wurde erst einen Tag nach Ende der Frist, ohne Zugangsnachweis, in den Briefkasten gelegt. Offenbar rechnete Lidl nicht damit, dass sich jemand gegen diese Ungerechtigkeiten zur Wehr setzen würde. Dies war jedoch nicht der Fall. Beim folgenden Schlichtungsgespräch bei der IHK Bochum, wurde der Azubi als faul und unfähig hingestellt. Das vom Rechtsanwalt des Genossen angeführte Argument, dass die schriftliche (und damit rechtsverbindliche) Kündigung nicht fristgemäß einging, wurde von Seiten der IHK beiseite gewischt, da die Gegenseite plötzlich zwei Zeugen für eine fristgerechte Niederlegung des Kündigungsschreibens vorbrachte. Dass die IHK nicht im Sinne der Arbeiter und Arbeiterinnen handelt, sondern vielmehr eine Vertretung von Arbeitgeberinteressen ist, wurde hier nochmal eindringlich unter Beweis gestellt und der Antrag des Genossen auf Rücknahme der Kündigung abgewiesen.

Die geschilderten Vorkommnisse sind ein typischer Beleg für die Arbeitshetze und den erheblichen Druck, den Arbeiter_innen in Unternehmen ausgesetzt sind, welchen Profit über alles geht.

Die Aktion am Montag wurde auch durchgeführt um klar zu stellen, dass solche Machenschaften nicht unwidersprochen im Verborgenen bleiben, und um Mut für die anstehende mündliche Verhandlung der Kündigungsschutzklage vor dem Arbeitsgericht Bochum zu machen.

„Teamarbeit und Fairness sind bei uns selbstverständlich.“ [1]

Gegen eine Praxis, die offenbar den Phrasen des Marketings hohnspricht, haben die Azubis und die weitere Belegschaft - bisher - leider nicht ihr wichtigstes Mittel entdeckt: die Solidarität. Der geschasste Azubi und die Aktiven von Montag freuen sich sehr, wenn dies noch geschieht. Und werden den Weg zur Filiale am Bochumer Sudbeckenpfad sicher nochmal gehen.

[1] [Ausbildung bei Lidl](#)

[2] S. z.B. [Lidl-Kritik](#)

11. Kasachstan: Polizei richtet Massaker unter ÖlarbeiterInnen an Berichte sprechen von 70 Toten und bis zu 700 Verletzten

Seit mehr als sechs Monaten streiken in der kasachischen Provinz Mangystau tausende von ÖlarbeiterInnen gegen Ausbeutung und für höhere Löhne. Mehr als 1.000 wurden wegen des Streiks gefeuert. Am 16. Dezember griff die Polizei des diktatorischen Regimes eine Kundgebung in der Stadt Zhanaozen (Jaňaözen) an. Nach Berichten von AugenzeugInnen soll es dabei bis zu 70 Tote und 700 bis 800 Verletzte unter den Streikenden und ihren UnterstützerInnen gegeben haben.

Das Massaker in Zhanaozen ereignete sich, nachdem die Polizei am ersten Tag der kasachischen Unabhängigkeitsfeiern eine Kundgebung von mehr als 3.000 Menschen mit

Tränengas angriff, die sich dort versammelt hatten, um auf die Forderungen der Streikenden aufmerksam zu machen. Als DemonstrantInnen daraufhin eine Festbühne stürmten, eröffnete die Polizei das Feuer mit scharfen Waffen. Binnen zweier Stunden gab es nach Angaben von BeobachterInnen mehr als 50 Tote und hunderte von Verletzten. Im Zuge der Auseinandersetzungen zündeten DemonstrantInnen später u.a. ein Gebäude der Ölgesellschaft Uzenmunaigaz und den Sitz der Lokalregierung an.

Medien aus der Region berichteten, dass im Laufe des Tages mehr als 1.500 Soldaten mit Panzerfahrzeugen aus der Stadt Aktau nach Zhanaozen verlegt wurden. Über der Stadt kreisten am Nachmittag Hubschrauber. Das Mobilfunknetz soll nach Angaben einer österreichischen Tageszeitung zusammengebrochen sein. Oppositionelle kasachische Medien berichten hingegen, dass systemkritische Websites, soziale Netzwerke und andere Medien im Laufe des Tages gezielt vom herrschenden Nazarbayev-Regime blockiert worden seien. In der gesamten Region um Aktau sei gegen Abend keine Kommunikation mit Mobiltelefonen und kein Internetzugriff mehr möglich gewesen.

Nach dem Einfall des Militärs in die Stadt soll sich bis zum frühen Abend nach Angaben von Augenzeugen die Zahl der Toten auf mindestens 70 erhöht haben. Der Strom in Zhanaozen sei abgeschaltet worden. Gesundheitszentren in der gesamten Region hätten zu Blutspenden für die riesige Zahl von Verletzten aufgerufen.

Die Behörden selbst sprechen davon, dass es 10 Tote als Folge eines „Massenchaos“ gegeben habe, als eine Versammlung, die den Unabhängigkeitstag feiern wollen, von „einer Gruppe Hooligans“ angegriffen worden sei. Diese seien daraufhin von der Polizei vertrieben worden. Man werde eine Sonderkommission zur „Bestrafung der Verantwortlichen für die Proteste gegen den Staat“ einrichten. Die Berichterstattung der wenigen ausländischen Medien, die überhaupt bislang vom Massaker Notiz nahmen, beschränkt sich häufig auf die ungeprüfte Wiedergabe der offiziellen Verlautbarungen des Regimes.

Nach Angaben von socialistworld.net sind in Folge des Massakers jetzt auch ArbeiterInnen anderer Ölfirmen und Beschäftigte anderer Sektoren in einen Solidaritätsstreik getreten. Die Ölförderung rund um Zhanaozen sei komplett zum Erliegen gekommen. Im Moment würde versucht, einen Generalstreik zu organisieren. Für die kommenden Tage seien überall im Land Protestaktionen gegen das Massaker und zur Unterstützung der Streikenden geplant. In verschiedenen europäischen Städten gab es im Laufe des 16. Dezembers Protestaktionen u.a. vor kasachischen diplomatischen Einrichtungen.

(Quellen: standard.at, socialistworld.ru, The Guardian)

12. USA: AktivistInnen blockieren Häfen an der Westküste

Während es in Deutschland wieder ruhig um die Occupy-Bewegung geworden ist, geht die Protestbewegung in den USA zunehmend gezielter vor.

Nachdem bereits am 2. November ein Generalstreik den Hafen von Oakland lahm gelegt hatte, veröffentlichte die Vollversammlung von Occupy-Oakland einen Aufruf zur Besetzung und Blockade aller Häfen der Westküste am 12. Dezember 2011 in Solidarität mit den ausgebeuteten ArbeiterInnen und um ein deutliches Zeichen gegen die Repression der Occupy-Bewegung zu setzen. Mit dem Aufruf zur ökonomischen Blockade geht die Occupy-Bewegung in den USA einen Schritt weiter, indem sie versucht den Kapitalismus an seiner Basis zu treffen. Denn ohne ArbeiterInnen kein Geschäft und ohne Geschäft kein Gewinn.



So blockierten am Montag den 12. Dezember über 1000 AktivistInnen die Zufahrtsstraßen der Häfen von Oakland, Seattle, Portland, Longview, Los Angeles, Anchorage und Vancouver. Teilweise wurden aufgrund der Proteste Hafeneinrichtungen vorübergehend komplett geschlossen. Die Blockaden richteten sich vor allem gegen die beiden Unternehmen SSA Marine (Hafenbetreibergesellschaft) und die EGT (Getreideexporteur). An der SSA Marine hält die Investmentbank Goldman Sachs große Anteile.

In San Diego löste die Polizei eine Streikpostenkette am Eingang des Hafens nach erfolgreicher dreistündiger Blockade auf, als HafentarbeiterInnen die Blockade durchqueren mussten um zur Arbeit zu gelangen. In Denver, Longmont, Boulder und Greeley blockierten AktivistInnen das

WalMart Logistikzentrum aus Solidarität mit den Hafenblockaden. Einige TeilnehmerInnen wurden verhaftet. In Portland blockierten DemonstrantInnen zwei große Terminals.

Sowohl in San Diego als auch in Seattle wurde zu einer Verlängerung der Blockade aufgerufen um Solidarität mit den von der Repression Betroffenen zu bekunden. Die Blockade in Seattle wurde, nachdem sie an einem Terminal zurückgeschlagen worden war, mit Tränengas und Blendgranaten angegriffen. Es gab Verhaftungen; genaue Zahlen sind jedoch unbekannt.

Auch in Houston kam es zu Auseinandersetzungen zwischen AktivistInnen und der Polizei. Nachdem einige AktivistInnen eine Sitzblockade errichtet hatten, deckte sie die Feuerwehr mit einer großen, aufblasbaren Plane zu, um sie vor den anderen DemonstrantInnen und der Presse zu verbergen und begann mit der Räumung der Blockade, heisst im Bericht auf der Website. Zudem hatten viele PolizistInnen Klebeband auf ihren Namensschildern und Ausweisnummern um ihre Identität zu verschleiern. Im Laufe der Blockade setzte die Polizei berittene Einheiten ein.

Die Häfen spielen eine entscheidende Rolle für den Kapitalismus in den USA und in anderen Ländern. Alleine aus diesem Grund ist es der ideale Ort um die Gewinnmaschinerie zu unterbrechen und empfindlich zu treffen. „Die ArbeiterInnen dieser Häfen waren sich immer bewusst, welche Macht sie haben um auf politische Prozesse einwirken zu können. Nicht nur die Angriffe auf die Platzbesetzungen und Camps durch die Polizei, sondern auch die gezielten Angriffe des Kapitalismus gegen die ArbeiterInnen der Häfen, erfordern diesen Aufruf zum handeln“, heißt es in einer Erklärung der Occupy-AktivistInnen.

Weiterlesen:

Hier finden sich weiterführende Infos zu einigen der angesprochenen Themen:

[Website von Westcoast Port shutdown](#)

Fotos: [Flickrstream von Steve Rhodes](#)

Videos finden sich auf Youtube, Stichwort Westcoast port shutdown

13. Lesetipp: Helge Döhring: KEIN BEFEHLEN - KEIN GEHORCHEN!

Die Geschichte der Syndikalistisch-Anarchistischen Jugend Deutschlands seit 1918

Helge Döhrings neues Werk behandelt die Geschichte der Syndikalistisch-Anarchistischen Jugend Deutschlands (SAJD), die 1922 als reichsweite Organisation gegründet wurde. Sie stand der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD) nahe, war jedoch viel autonomer von der FAUD(AS), als es den erwachsenen Gewerkschaftsmitgliedern gefallen hat: die wollten eine Gewerkschafts-Jugend der FAUD. Dazu gaben sich die deutschen Jugendlichen allerdings ebensowenig her, wie zeitlich etwas später die jungen Leute, die 1932 auf der Iberischen Halbinsel die FIJL - die Iberische Föderation der Libertären Jugend - gründeten. Und zwar als eigenständige libertäre Organisation mit eigenen Vorstellungen.

- Band 1 beschreibt die Entwicklung der SAJD von 1918 bis 1933 und ergänzt diese Geschichtsschreibung durch sechs ausführliche Porträts fünf führender SAJD-Genossen und der Genossin Anni Zerr. Im Abschnitt Treffen der Generationen finden sich dann Nachrufe und Erzählungen über Begegnungen mit acht Altgenossen, die den Faschismus überlebten.

- Band 2 widmet sich dann dem Kapitel Jugend nach 1945 und Ausblick vor allem der Gründung und den Zielen der Anarchosyndikalistischen Jugend seit 2009.

- Allein auf einhundert Seiten werden im Band 3 historische Satzungen, Grundsatzserklärungen und



Zeitungsartikel ebenso dokumentiert wie aktuelle Texte der seit einiger Zeit aktiven ASJ-Gruppen – Anarchosyndikalistische Jugend, die sich als eigenständige Organisation nahe zur FAU verstehen.

Es ist ein hervorragendes Lesebuch, aber ebenso auch ein klassisches Lehrbuch für junge Genossinnen und Genossen, die sich in die Geschichte der klassenkämpferischen libertären Jugend Deutschlands einarbeiten wollen. Für die Älteren eine Auffrischung ihrer grauen Zellen, ein Anreiz, wieder mit Elan an die eigene Bewegung zu gehen, selbst aktiv zu werden und nicht zu warten, bis einer der Vorturner mal ne Idee für Aktivismus aus einem verstaubten Aktenordner entfaltet.

Die von Döhring aufgezählten 13 Eckpunkte der Erneuerung einer syndikalistisch-anarchistischen Jugendbewegung (S. 273 f) kann ich aus eigener Erfahrung vollständig unterschreiben, denn diese gelten für jede sozialrevolutionäre Bewegung oder Organisation, die ernst genommen werden will.

Geradezu bewunderswert ist „die distanzlose Affinität“ (so ein Vorwurf des Historikers und selbsternannten Papstes der AS-Forschung Hartmut Rübner gegen Döhring(1) gegenüber dem Gegenstand seiner Untersuchung, die Döhring an den Tag legt. Sein „wissenschaftlicher Anspruch“ soll eben nicht ein intellektuell-wissenschaftliches Publikum zufriedenstellen, sondern junge Linksradikale und AnarchistInnen erreichen und vom klassenkämpferischen Anarchosyndikalismus überzeugen.

Mit diesem Buch kann man neue Genossinnen und Genossen gewinnen und vom anarchistischen Klassenkampf auf kollektiver Grundlage überzeugen. Und – Döhring beweist (mal wieder), daß zum Anarchosyndikalismus in Deutschland immer noch nicht alles erforscht ist – wie Rübner vor nunmehr drei Jahren dekretiert hat(2); er hält diesem anmaßenden Kritiker, der ihm anhand seiner bisherigen Bücher über unsere Bewegung auch noch „profunde Ahnungslosigkeit“ bescheinigt(3), den Spiegel vor.

Organisiert Lesekreise und öffentliche Lesungen mit dem Genossen Döhring, das meiner Meinung nach für jeden Jugendlichen erschwinglich sein sollte, denn das über 400 Seiten vollfette Buch kostet nur schlappe 14 Euro, das ist sicherlich der uneigennütigen Unterstützung des Berner Apropos-Verlages (fast die komplette Auflage ging an der AS-Medienvertrieb Syndikat-A in Moers) und der unentgeltlichen Arbeit des Autors und der Gestalter geschuldet, denen ich hiermit ‚unseren Dank‘ dafür aussprechen möchte.

Nachbemerkung:

Hinweis: Der Rudolf Rocker-Rechteherr Heiner Becker hat Helge Döhring „strafbewehrt“ per Unterlassungserklärung verboten, eigenständige Texte Rockers zur Jugend abzdrukken (siehe Vorwort). Auch das sollten wir uns merken.

fm, 26.12.11

(1)Hartmut Rübner – Linksradikalismus in der aktuellen Geschichtsschreibung. Teil 1: Der heimatkundige Anarchosyndikalismus in: Gegner Zeitschrift gegen Politik (Nr. 22/ April 2008)

(2)ebenda

(3)ebenda

Helge Döhring

KEIN BEFEHLEN - KEIN GEHORCHEN!

Geschichte der syndikalistisch-anarchistischen Jugend in Deutschland seit 1918

Apropos-Verlag Bern 2011 – 426 Seiten Broschur (mit vielen Illustrationen und Faksimiles) – 14,- Euro – Vertrieb nur über, Syndikat-A Moers

14. Direkte Aktion #209 (Januar/Februar 2012)

In OWL gibt es die DA, soweit uns bekannt, zur Zeit in:

Bielefeld: Eulenspiegel, Buchladen, Hagenbruchstr. 7, 33602 Bielefeld

mondo – buchladen & galerie, Elsa-Brändström-Str. 23, 33602 Bielefeld

Kontakte: www.direkteaktion.org oder www.fau.org/da

15. It's time to organize

- Join the Union: FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL

nächste Treffen der Lokalföderation:

16.01.: Anarchistische Arbeitskritik

**30.01.: Genossenschaften - eine vergessene Seite
der Arbeiter/-innenbewegung?**

montags um 19.30 Uhr in der Bürger_innen_wache, Raum 102

FAU Bielefeld, c/o Bürger_innen_wache, Rolandstr.16, 33615 Bielefeld

eMail: faubi(ät)fau.org, Web: www.fau-bielefeld.de.vu oder <http://faubielefeld.blogspot.de>

Die FAU ist eine anarcho-syndikalistische Gewerkschaftsföderation, die aus lokalen Syndikaten und Gruppen besteht. Interesse? Einfach vorbeikommen und reinhören, mitreden, mitmachen!

- **selb(A)machen / Anarcho-Syndikalistische Jugend (sAm/ASJ)**

**Wir treffen uns dienstags um 18.30h
im Infoladen Anschlag, Heeperstr.132**

<http://selbamachen.blogspot.eu/>

Glück und Freiheit!

- **A - Treffen in OWL**

Im Infoladen Bielefeld haben sich am Samstag den 05. November die Gruppen **selbAmachen**, **FAU Bielefeld** und das **[libertäre netzwerk lippe]** getroffen. Ziel dieses Treffens war das gemeinsame Kennenlernen und das Vernetzen von anarchistischen Gruppen und Einzelpersonen in Ostwestfalen-Lippe im Anarchistischen Forum OWL.

Zu unserem Treffen am **Samstag, den 14. Januar im Infoladen Anschlag (AJZ, Heeperstr.132, Bielefeld) um 15.00 Uhr**, bist du als Einzelperson oder seid ihr als Gruppe herzlich eingeladen.

IT´S TIME TO ORGANIZE !

16. Termine im Januar

Montag, 2.Jan. 20.00Uhr: Die Verhältnisse zum Tanzen zwingen?

Diskussionsveranstaltung von und mit: Gruppe Kritik & Intervention im Rahmen des Roten Montag im Extra - Blues Bar, Siekerstr.20, Bielefeld (mehr www.facebook.com/events/280396352006997/)

Donnerstag, 5.Jan. 18.00h: Stammtisch [libertäres netzwerk in lippe]

Zündkerze, Herforder Str. 2, Lemgo (www.anarchie-in-lippe.de)

Samstag, 7.Jan. 11.00 Uhr: Auktion - Weihnachtsgeschenke-Recyclingversteigerung

Zwischen Schrottwichteln und Schnäppchenjagd. Versteigerung von ungeliebten Weihnachtsgeschenken und anderen gespendeten Gegenständen
Veranstalter: Werbegemeinschaft »Rund um den Siggie e.V.«, Auktionator: Christian Presch
Bürger_innen_wache Bielefeld R07, Siegfriedplatz, Bielefeld

Montag, 9.Jan. 18.00 Uhr: Initiative zur Gründung einer Bielefelder Biowaren Genossenschaft, Bürger_innen_wache, R104 (1.OG, rechts), Siegfriedplatz, Bielefeld

Donnerstag, 12. Jan. 19.00 Uhr: Wege zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit - Arbeitszeitverkürzung auf die Tagesordnung ?!

Vortrag Prof. Dr. Heinz Bontrup

in der Buchhandlung mondo, Elsa Brändström Str. 23, Bielefeld

Donnerstag, 12. Jan. 19.00 Uhr: Feindbild Islam? Autoritarismen im Islam, Autoritarismen gegen den Islam und das Dilemma kritischer Forschung

Referent: Floris Biskamp, Veranstalter: Association Critique (mehr:

<http://associationcritique.blogspot.de/2011/12/19/feindbild-islam-vortrag-und-diskussion/>)

Bürger_innen_wache Bielefeld R07, Siegfriedplatz, Bielefeld

Samstag, 14. Jan. ab ca. 12.00Uhr: Mittagessen in der Stadtteilkantine des Sozialforums Bielefeld, AWO, Heisenbergweg 2 (Mehrgenerationenhaus), Bielefeld

Samstag, 14. Jan. 15.00 Uhr: A-Treffen OWL

Anarchistisches Forum OWL im Infoladen Anschlag (AJZ), Heeperstr.132, Bielefeld

Montag, 16. Jan. 18.00 Uhr: Initiative zur Gründung einer Bielefelder Biowaren Genossenschaft (BIWAG), Bürger_innen_wache Bielefeld, R104 (1.OG, rechts), Siegfriedplatz, Bielefeld

Montag, 16. Jan. 19.30Uhr: Anarchistische Arbeitskritik - Fourier, Kropotkin, Bonanno

Themenabend der FAU Lokalföderation Bielefeld

in der Bürger_innen_wache Bielefeld R 102, Siegfriedplatz, Bielefeld

Dienstag, 17. Jan. 19.30 Uhr: Was ist Transition Town Bielefeld?

Veranstalter: Transition Town Bielefeld (www.ttbielefeld.de/), Bürger_innen_wache Bielefeld, R07, Siegfriedplatz, Bielefeld

Donnerstag, 19. Jan. 18.00h: Treffen[libertäres netzwerk in lippe] -

Papiermühle, Schwelentruper Weg 5, Dörentrup-Hillentrup (www.anarchie-in-lippe.de)

Samstag, 21. Jan. 11.30Uhr: Wir haben es satt! - Bauernhöfe statt Agrarindustrie!

(Demonstration - Kundgebung - Protesttafel) Start: Berlin Hbf

(mehr: www.ttbielefeld.de/content/wir-haben-es-satt-bauernhoe-fe-statt-agrarindustrie-demonstration---kundgebung---protesttafel)

Samstag, 21. Jan. 12.00 bis 18.00 Uhr: Vision Day - Quo Vadis Transition Town Bielefeld in 2012

Veranstalter: Transition Town Bielefeld (www.ttbielefeld.de/), Bürger_innen_wache Bielefeld, R07, Siegfriedplatz, Bielefeld

Samstag, 21. Jan. 14 Uhr: Gegen Nazistrukturen in und um Bückeberg

Kampagne Copy & Paste // Bahnhofsvorplatz Bückeberg

Montag, 23. Jan. 18.00 Uhr: Initiative zur Gründung einer Bielefelder Biowaren

Genossenschaft, Bürger_innen_wache Bielefeld, R104 (1.OG, rechts), Siegfriedplatz, Bielefeld

Mittwoch, 25. Jan. 20.00 Uhr: Christentum und Sozialismus - eine spannungsreiche und produktive Beziehung

Vortrag Prof. Dr. Arno Klönne

in der Buchhandlung mondo, Elsa Brändström Str. 23, Bielefeld

Montag, 30. Jan. 18.00 Uhr: Initiative zur Gründung einer Bielefelder Biowaren

Genossenschaft, Bürger_innen_wache Bielefeld, R104 (1.OG, rechts), Siegfriedplatz, Bielefeld

Montag, 30. Jan. 19.30Uhr: Genossenschaften - eine vergessene Seite der Arbeiter/-innenbewegung?

Themenabend der FAU Lokalföderation Bielefeld

in der Bürger_innen_wache Bielefeld R 102, Siegfriedplatz, Bielefeld

Dienstag, 31. Jan. 19.30 Uhr: Verstehst du keinen Spaß oder was?

Auseinandersetzungen um sprachlichen Rassismus

Referentin: Lann Hornscheidt, Professorin für Gender Studies und Sprachanalyse (Berlin)

Veranstalter: Akzent in Koopertion mit dem Feministisches Referat der Uni Bielefeld (mehr:

<http://femref.blogspot.de/>), Bürger_innen_wache Bielefeld R07, Siegfriedplatz, Bielefeld

VORSCHAU Februar:

Freitag, 3. Feb. 19.30Uhr: Selbstverwaltete Betriebe als 'konstruktiver Sozialismus'.

Vortrag von und mit F. Mohrhof (Café Libertad, Hamburg) in der Bürger_innen_wache Bielefeld R07, Siegfriedplatz, Bielefeld

Links



<http://zuchthaus.free.de/syndikat-a/>

barrikade # 6 - November 2011

Umfang 48 Seiten - Preis: 4 Euro --- Vorschau:

- Kollektivbetriebe als 'konstruktiver Sozialismus'?
- Kollektivierungen in Katalonien 1936-39 - Augustin Souchy
 - Theorie in Lichte der Praxis - Helmut Rüdiger
- Würdigung des Anarchosyndikalisten und Genossenschafters [Joan Peiró i Belis](#)
- Odyssee des Rudolf Rocker-Manuskriptes 'Nationalismus und Kultur' 1949

• Jan Appel - Erinnerungen zu beziehen:

www.anarchosyndikalismus.de/vu/

Kontakt: barrikade [arruba] gmx.org



www.lippe-alternativ.tk/

Kontakt/Treffen: Kontaktieren könnt ihr uns über die unten stehende eMail-Adresse. Zu unseren Netzwerk-Treffen am 1. & 3. Samstag im Monat (siehe Termine) könnt ihr einfach so kommen. Na dann mal los...
eMail-Adresse: ainlippe(ÄT)riseup.net



Sozialforum Bielefeld

<http://sozialforumbielefeld.blogspot.de/>

Wir treffen uns jeden 2. und 4. Dienstag um 17:30 Uhr im DIDF in der August Bebel Str. 74, in dem Gebäude der AWO .

www.ag-freie-bildung.org/

**info-café: dienstags
15 - 18 h in Raum C02-206**





www.a-sortiment.de/

eulenspiegel

Buchladen

Hagenbruchstr.7 • 33602 Bielefeld,

Tel.: 0521 / 17 50 49 • Fax.: 0521 / 13 35 10

E-Mail: Buch_eulenspiegel@gmx.de

Öffnungszeiten: Montag - Freitag: 9.30 - 18.30 Uhr • Samstag: 10.00 - 16.00 Uhr

mondo

buchhandlung & galerie

Elsa-Brändström-Str. 23 33602 Bielefeld

Tel. 0521.64163 fax. 0521.64193 kontakt@mondo-bielefeld.de

geöffnet: mo-fr 11.00 - 18.00 sa 11.00 - 14.00



Bürgerwache Bielefeld:

www.bi-buergerwache.de/

Viertel Nr. 17 - Zeitung für Stadtteilkultur und mehr erschienen!

Die neuste Ausgabe der Stadtteilzeitung »Viertel« liegt in der Bürgerwache sowie an öffentlichen Orten und Gastronomien im Stadtteil aus.

Die Ausgabe ist jetzt auch Online zugänglich unter:

www.bi-buergerwache.de/seiten/aktuell.php

Inhalt: Ausgabe Nr. 17 - Oktober/November 2011

Der Platz und das Wasser+++Neue Runde im Pömpel-Streit+++»Bufdis sind kein Ersatz«
+++Krieg im Paradies+++Zug, Ventil und viel, viel Luft+++Die Vielfalt ausbauen+++Alles
läuft rund+++Alter Stahl und Mischoxide+++An einem Tag im November+++Die besten
Werbespots aller Zeiten+++...

Viertel

moveandresist

Aktionsplenum gegen Ausgrenzung und Abschiebung



Antira AG an der Uni Bielefeld (AG des AStA), Universitätsstraße 25, 33615 Bielefeld

<http://moveandresist.wordpress.com/> E-Mail: [gegenabschiebung\(at\)riseup.net](mailto:gegenabschiebung(at)riseup.net)